



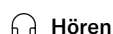
DER ANDERE BLICK

von Oliver Maksan, Berlin

Verweigerte Bedienung und Kontokündigung: Die Toleranz der deutschen «Zivilgesellschaft» hat gefährlich nachgelassen

Regelmässig verweigern Banken, Hotels oder Gaststätten politisch Andersdenkenden Dienstleistungen. Das steht ihnen zu. Doch die Entgrenzung des Politischen ist trotzdem beunruhigend.

21.11.2025, 05.30 Uhr ⌚ 3 min



Hören



Aktivisten rufen in Berlin zum Protest gegen die Neugründung der AfD-Jugend auf.

Imago

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick am Morgen», heute von Oliver Maksan, Stellvertretender Chefredaktor der NZZ Deutschland. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Dass das Private immer auch politisch sein müsse, ist der feuchte Traum aller totalitären Geister. Die Deutschen wissen ein trauriges Lied davon zu singen. Die braune wie die rote Diktatur versperrten auf deutschem Boden systematisch den Rückzug in unpolitische Räume. Blockwarte und Stasi halfen dabei. Stattdessen forderten NS-Staat und DDR Bekenntnisse zu Rasse oder Klasse von der Wiege bis zur Bahre.

So weit ist es im Deutschland des Jahres 2025 glücklicherweise nicht. Aus guten Gründen erwartet der vom deutschen Grundgesetz verfasste Staat von seinen Bürgern nur Gesetzesgehorsam, keine Zustimmung – so sehr er natürlich auf diese angewiesen ist. Allerdings greifen im Raum der politisch aufgeladenen «Zivilgesellschaft» repressive Tendenzen um sich, die freiheitlich gestimmten Bürgern Sorge bereiten müssen.

Das zeigt sich wenig überraschend im sogenannten Kampf gegen rechts. Gemeint sind nicht in erster Linie Straftaten gewaltbereiter linker Extremisten etwa gegen das Eigentum von AfD-Politikern wie dem Bundestagsabgeordneten Bernd Baumann, dessen Autos kürzlich zum wiederholten Male angezündet wurden. Für den demokratischen Zusammenhalt fast noch gefährlicher sind Repressionen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, zu denen sich Einzelne oder Unternehmen vermehrt ermächtigt fühlen.

Kemmerich wird nicht bedient

Da wird dem früheren FDP-Politiker Thomas Kemmerich in Weimar in einem Gasthaus die Bedienung verweigert. Die Begründung: Er sei 2020 schliesslich mit den Stimmen der AfD kurzzeitig zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt worden. Eine «Sünde», die offenbar nicht vergeben werden kann, die jedenfalls durch den Ausschluss aus der bürgerlichen Gemeinschaft gesühnt werden muss.

Im Zweifel lässt man auch die Kinder für ihrer Väter «Sünden» büssen. So sollen gemäss Presseberichten Eltern Unterschriften gesammelt haben, um das vierjährige Kind eines AfD-Politikers aus der Kita zu entfernen. Immerhin wollte das Scherbengericht bis zur Vollstreckung seines Urteils eine «faire Übergangszeit» gewähren.

Aber auch linke Kritiker etwa der staatlichen Anti-Corona-Massnahmen können ins Visier geraten. So wurde der Journalistin Aya Velázquez kürzlich von der Berliner GLS-Bank nach Jahren das Konto ohne Angabe von Gründen gekündigt. Auf Nachfrage wollte das linksdrehende Geldinstitut sich nicht näher äussern. Doch der Verdacht einer politisch motivierten Kündigung steht im Raum. Schliesslich nutzte Velázquez das Konto, um Spenden für ihre Arbeit annehmen zu können.

Sicher, in Deutschland gilt aus guten Gründen die Vertragsfreiheit. Unternehmen, von der Bank bis zum Gasthaus, müssen keine Geschäftsbeziehungen aufnehmen oder aufrechterhalten. Alles andere widerspräche der freien Marktwirtschaft. Die Frage ist allerdings, aus welchen Gründen sie Verträge verweigern oder beenden und ob sie die Folgen für die Demokratie im Blick haben. Sprich: Das rechtlich Mögliche ist das eine, das moralisch Richtige oder Verantwortbare das andere.

Und spätestens hier stellen sich Fragen. Denn wer der Politisierung privater Geschäftsbeziehungen das Wort redet, riskiert den sonst von gleicher Seite vielbeschworenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bürger müssen einander schliesslich als Gleiche anerkennen – allen politischen Differenzen zum Trotz. Das ist die Voraussetzung der liberalen Demokratie. Demokraten sollten deshalb aus Prinzip für die Gleichrangigkeit im bürgerlichen Verkehr eintreten.

Druck auf Vertragspartner der AfD

Noch gefährlicher als die Tendenz, die eigene Vertragsfreiheit zu politisieren, ist freilich die, jene von anderen durch Einschüchterung einzuschränken. So wird die Messe Giessen dafür bedroht, dass sie Ende November ihre Hallen für die Gründung der Jugendorganisation der AfD zur Verfügung stellt. Das Unternehmen und seine Mitarbeiter würden «medial angegriffen, boykottiert und als rechtsextrem eingestuft und beleidigt», erklärte es kürzlich. Immerhin hält die Messe dem Druck stand. Ein Hotel und ein Caterer konnten oder wollten diese Kraft nicht aufbringen und kündigten der AfD die geschlossenen Verträge.

Linke Aktivisten feiern sich dafür. Die selbsternannten zivilgesellschaftlichen Verteidiger der Demokratie müssen sich aber fragen, ob eine vollständig politisierte Gesellschaft wirklich erstrebenswert ist. Denn unter anderen Vorzeichen könnten eines Tages auch sie der totalen Entgrenzung des Politischen zum Opfer fallen.



Passend zum Artikel



INTERVIEW

Extremismusforscher Eckhard Jesse: «Die Angst vor der AfD ist irrational»